

Kurzbericht

öffentlicher Teil

25. Sitzung – Kultuspolitischer Ausschuss

5. März 2026 – 10:01 bis 10:24 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Kerstin Geis (SPD)

CDU

Patrick Appel
Sabine Bächle-Scholz
Hans Christian Göttlicher
Thomas Hering
Anna-Maria Schölch
Sebastian Sommer (Hochtaunus)
Frank Steinraths
Christian Wendel
Christin Ziegler (Schwalm-Eder)

AfD

Andreas Lobenstein
Lothar Mulch

SPD

Nina Heidt-Sommer
Sebastian Sack
Turgut Yüksel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julia Herz
Daniel May
Sascha Meier
Katrin Schleenbecker

Freie Demokraten

Moritz Promny

Weitere Anwesende:

Staatssekretär Dr. Manuel Lösel, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Rechnungshofes und weiterer Behörden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.



2. **Antrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion der Freien Demokraten
Integrierte Gesamtschulen wichtiger Bestandteil des hessi-
schen Bildungssystems – Stellenkürzungen zurücknehmen
– Drucks. [21/3638](#) –
3. **Antrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion der Freien Demokraten
Startchancen für alle ermöglichen – sozialindizierte Lehr-
kräftezuweisung in vollem Umfang erhalten
– Drucks. [21/3717](#) –

Vorsitzende: Zur Geschäftsordnung meldet sich Herr Wendel. Bitte schön, Herr Wendel.

Abgeordneter **Christian Wendel:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet. Wie Sie wissen, gibt es einen sehr klugen Verständigungsvorschlag der Koalition in dieser Angelegenheit, der beide Anträge betrifft.

Die vorgesehene Anpassung der Personalbemessung bei den Integrierten Gesamtschulen im Kontext der äußeren Differenzierung und der Binnendifferenzierung bleibt für das Haushaltsjahr 2026 bestehen und wird auf dieses befristet. Die Koalition hat zudem mit Blick auf die sozialindizierte Zuweisung

(Abgeordneter Daniel May: Herr Kollege, zur Geschäftsordnung wollten Sie doch etwas sagen, oder?)

– Ja, in der Tat, Herr Kollege May. –

(Abgeordneter Daniel May: Sie reden aber zur Sache!)

einen ausgewogenen Kompromiss erzielt. Das Ergebnis ist zukunftsorientiert. Die sozialindizierte Personalzuweisung

(Abgeordneter Sascha Meier: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!)

wird im Zuge der Haushaltsberatungen 2027 neu verhandelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb stelle ich vor diesem Hintergrund, mit Blick auf die laufenden Haushaltsberatungen für die Koalitionsfraktionen den Antrag zur Geschäftsordnung, beide Anträge in die nächste Sitzung des Kultuspolitischen Ausschusses zu verweisen.

(Abgeordneter Sascha Meier: Schon wieder?)

Vorsitzende: Herr May, bitte.

Abgeordneter **Daniel May:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Wir widersprechen diesem – ich sage es einmal so – eher fadenscheinigen Manöver. Ich glaube, das ist so auch nicht von der Geschäftsordnung vorgesehen; dass Dinge aufgrund von Koalitionsbeschlüssen vertagt werden können. Das ist auch nicht zu begründen, da der Sachverhalt ausgiebig diskutiert und beraten ist. Sie hatten die Möglichkeit, sich darüber ausführlich zu informieren und sich auf die Diskussion vorzubereiten.

Der Punkt, dass Sie und Ihr Koalitionspartner eine andere Meinung dazu haben als die Opposition, ist nichts, was die Beratung des Antrags verhindert. Hier müssen Sie sich schon in der Sache einlassen. Insgesamt stelle ich fest, dass das, was Sie als Koalition vorhaben, nicht sachgerecht ist. Es ist nicht sachgerecht, was die Beratung im Ausschuss angeht, und es ist auch in der Sache nicht sachgerecht, weil die Kürzungen, die Sie vorhaben, die Bildungsungerechtigkeit in unserem Land weiter verstärken werden.

Das Vorhaben, es ein Jahr zu vertagen – auch da verstehe ich, dass Sie darüber nicht diskutieren wollen – widerlegt auch Ihre eigene Argumentation in der letzten Ausschusssitzung. Denn, es ein Jahr zu vertagen, um dann zu sehen, ob man es sich leisten kann, widerspricht der Darstellung des Kultusministeriums in der letzten Sitzung, dass die Kürzungen bei den Integrierten Gesamtschulen sachgerecht seien. Auch widersprechen Sie der Darlegung des Kultusministeriums, dass die Kürzung beim Sozialindex sachgerecht wäre, weil die Kürzung durch andere Maßnahmen aufgefangen werde. All dem widersprechen Sie, und darüber wollen Sie keine Debatte führen? Das ist kein Grund, eine Debatte zu vertagen.

Aber der Grund, den Sie das letzte Mal genannt haben, war nachvollziehbar. Auch im Sinne der Geschäftsordnung war nachvollziehbar, als Sie sagten, Sie brauchten mehr Zeit, um zu beraten, weil der Antrag kurzfristig eingegangen sei. Aber das liegt heute nicht vor. Sie sind im Thema, Sie sind beratungsfähig. Sie sind bloß nicht beratungswillig, und dafür ist eine Vertagung nicht da.

Vorsitzende: Jetzt liegt aber der Antrag zur Geschäftsordnung vor. Ich schlage vor, dass wir einfach einmal darüber abstimmen.

(Abgeordneter Moritz Promny: Also, das ist ja ein unglaublicher Vorgang! – Weitere Zurufe: Das ist wirklich unglaublich! Das ist ein unglaublicher Vorgang!)

Abgeordneter **Daniel May**: Frau Vorsitzende! Ich möchte nur noch zur Kenntnis geben, dass wir uns natürlich über dieses Verfahren, über diesen unnötigen Verfahrenstrick noch einmal an anderer Stelle austauschen werden; dass wir das in den Ältestenrat geben werden.

(Zurufe: Genau!)

Ich will Ihnen auch sagen: Sie werden davon nichts gewinnen. Sie werden die öffentliche Debatte führen müssen – so oder so. Sie können sich nicht der Sachdebatte über die Geschäftsordnung entziehen.

(Zuruf)

– Das tut Ihr. Ihr versucht es, aber es wird euch nicht gelingen. Werter Kollege Wendel; denn das ist das größte Eingeständnis, das Sie machen können, wenn Sie sich nicht einmal trauen, Ihre inhaltlichen Positionen im Landtag zu vertreten. Das ist das größte Eingeständnis dafür, dass Sie Ihre eigene Position für unhaltbar halten. Daher gewinnen Sie dadurch nichts; Sie machen den Schaden nur noch größer.

Vorsitzende: Dann der Kollege Promny zur Geschäftsordnung; bitte.

Abgeordneter **Moritz Promny**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich will auch noch einmal festhalten, dass ich das für einen bemerkenswerten Vorgang halte; wie wir hier miteinander umgehen. Wir haben inhaltliche Anträge gestellt; sie sind beim letzten Mal geschoben worden, weil man sich damit noch nicht auseinandergesetzt hatte. Wir haben jetzt einen zweiten Antrag eingereicht, der nach der Geschäftsordnung innerhalb einer Frist von zwei Tagen auf die Tagesordnung zu nehmen war.

Die Tatsache, dass Sie sich damit nicht inhaltlich auseinandersetzen wollen, zeigt einfach nur die innere Zerrissenheit dieser Landesregierung und nichts anderes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Anschluss schließt der Kultuspolitische Ausschuss den



Beschluss zu Tagesordnungspunkt 2:

KPA 21/25 – 05.03.2026

Die Aussprache wird in die Sitzung des Kultuspolitischen Ausschusses am 16. April 2026 vertagt.

(CDU und SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Zu Beginn der Sitzung kam der Kultuspolitische Ausschuss einvernehmlich überein, zu dem Antrag in öffentlicher Sitzung gemeinsam mit dem Antrag, Drucks. 21/3717, am Anfang der Sitzung zu tagen.

sowie den

Beschluss zu Tagesordnungspunkt 3:

KPA 21/25 – 05.03.2026

Die Aussprache wird in die Sitzung des Kultuspolitischen Ausschusses am 16. April 2026 vertagt.

(CDU und SPD gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Zu Beginn der Sitzung kam der Kultuspolitische Ausschuss einvernehmlich überein, zu dem Antrag in öffentlicher Sitzung gemeinsam mit dem Antrag, Drucks. 21/3638, am Anfang der Sitzung zu tagen.

(Schluss des öffentlichen Teils: 10:08 Uhr,
es folgt der nicht öffentliche Teil.)